



Newsletter Migration und Integration, Ausgabe 7/2011

Bremen, den 5. April 2011

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

Wir berichten über einen aktuellen Antrag der Grünen und des Koalitionspartners zur Situation und Zukunft der Integrationspolitik in Bremen und Bremerhaven und über die Verkürzung der Aufenthaltsdauer von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften.

Die besorgniserregenden Ereignisse in Fukushima bestimmen dieser Tage die öffentliche Debatte im ganzen Land. Am Samstag demonstrierten allein über 8000 Menschen auf dem Bremer Marktplatz gegen die weitere Nutzung der Atomenergie und für die sofortige Einleitung der Energiewende in Deutschland. Bündnis 90/ Die Grünen und die SPD fordern in einem Dringlichkeitsantrag in der Bremischen Bürgerschaft die Bundesregierung auf, die Atomreaktoren schnellstmöglich abzuschalten und die Energiewende einzuleiten!

Viel Freude beim Lesen wünscht
Zahra Mohammadzadeh

Aktuelles

Integration heißt Teilhabe ermöglichen und Lebensperspektiven gestalten

Auf Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD werden die Perspektiven der Integration im Lande Bremen in der Bremischen Bürgerschaft diskutiert. Der Antrag zum Aufnehmen und Ankommen von Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft resümiert zum einen die vielfältigen politischen Initiativen und Maßnahmen, die in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt wurden und stellt zum anderen die Fortentwicklung der Integrationspolitik in Bremen und Bremerhaven dem Parlament zur Diskussion.

Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/373/373927.antrag_integration_heisst_teilhabe_ermoe_geln.pdf

Aus der Bremischen Bürgerschaft

Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften verkürzt

Die bisherige Aufenthaltsdauer in den Bremer Übergangsheimen betrug 36 Monate. Künftig können sich die Betroffenen nach zwölf Monaten eine eigene Wohnung suchen. Wir sind der Meinung, dass die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften aus der Sicht einer zeitgemäßen Flüchtlingsversorgung verkürzt werden muss. Die Verkürzung der Aufenthaltsdauer in den Übergangsheimen eröffnet für die Flüchtlinge den Zugang zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung und selbstständigen Bewältigung des Alltags.

Die Unterkunftsform des Übergangwohnheims ist ein Produkt des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es trat am 1. November 1993 in Kraft. Nach rund achtzehn Jahren ist es angebracht zu überlegen, ob dieses Sondergesetz noch zeitgemäß ist. Dieser Komplex von Gesetzesvorschriften schreibt fest, dass Asylsuchende und einige andere Migrantengruppen in Deutschland unter eigentlich untragbaren Bedingungen leben müssen. Sie sind von Sachleistungen der Behörden abhängig. Sie haben nur bedingt ausreichenden Zugang zur Gesundheitsversorgung. Sie leben von niedrigeren Leistungssätzen als andere Bedürftige. Diese vielfältige Abhängigkeit von Almosen des Staates wird zusätzlich durch Arbeitsverbote und nachrangigen Arbeitsmarktzugang betont. Auch der Zugang zu Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten und selbst zu einem organisierten Spracherwerb wird dadurch nachhaltig erschwert. Gleichzeitig beschneidet die sogenannte Residenzpflicht ihre Mobilität und damit einen weiteren elementaren Bestandteil selbstverantwortlicher Alltagsgestaltung. Die Folge all dieser Vorschriften ist Isolation und sozialer Ausschluss.

Durch das Leben in unwirtlichen Gemeinschaftsunterkünften wird der persönliche Gestaltungsspielraum im bedenklichen Maße eingeschränkt. Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen und seine Erfordernisse oder sogar die Verinnerlichung seiner Werte wird man so wohl kaum entwickeln können. Diskriminierung und soziale Segregation werden eher Trotzreaktionen hervorrufen. Menschenwürdige selbstbestimmte Bedürfnisbefriedigung ist unter diesen Voraussetzungen nicht möglich. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010, in dem das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip betont wird, dürfte für die Frage nach der Sinnhaftigkeit all dieser Bestimmungen relevant sein. Denn das Bundesverfassungsgericht hat nicht nur die physische Existenz als schützenswert herausgestellt, sondern unabhängig vom Aufenthaltsstatus eine qualitativ definierte Existenz, zu der auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie die Möglichkeit der Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen gehört. In diesem Licht betrachtet, entsprechen die obigen gesetzlichen Bestimmungen nicht den Mindestanforderungen der Gleichbehandlung.

Wenn wir uns also nicht in der Lage sehen, ganz auf die Unterbringung bestimmter Zuwanderergruppen in Gemeinschaftsunterkünften zu verzichten, so werden wir wenigstens die Aufenthaltsdauer in dieser Wohnform auf ein Minimum beschränken.

Das hat die Sozialdeputation in ihrer letzten Sitzung beschlossen.

Pressemitteilung: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/374/374897.aufenthaltsdauer_in_gemeinschaftsunterku.html

Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!

Die durch die Naturkatastrophen ausgelösten Probleme in den Reaktoren von Fukushima haben mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das sich unserer Vorstellungskraft entzieht. Weite Landstriche um die Reaktoren werden unbewohnbar bleiben. Die Grünen und die SPD fordern in ihrem Eilantrag in der Bremischen Bürgerschaft Konsequenzen! Um jetzt schnell und endgültig aus der Atomenergie auszusteigen, müssen die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Ausstieg geschaffen und die erneuerbaren Energien schneller ausgebaut werden.

Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/376/376893.antrag_atomreaktoren_abschalten_energie.pdf

Dossier zum Mythos Atomkraft: <http://www.boell.de/oekologie/klima/klima-energie-dossier-mythos-atomkraft-9022.html>

Aus der Bundespolitik

Koalition verschärft das Ausländerrecht zu Lasten der Integration

Im Innenausschuss des Bundestages fand Mitte März eine Sachverständigenanhörung zum Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz der Bundesregierung statt. Zwei Änderungen stehen im Mittelpunkt des Entwurfes: Zum einen soll die Aufenthaltserlaubnis nur für jeweils höchstens ein Jahr verlängert werden, bis die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nachgewiesen ist. Die Bundesregierung unterstellt damit, dass Eingewanderte kein Interesse am Erlernen der deutschen Sprache hätten. Zum anderen soll die Ehebestandszeit für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von ausländischen Ehegatten von zwei auf drei Jahre verlängert werden – angeblich, um Scheinehen besser aufdecken zu können. Dabei gibt es überhaupt keinen Nachweis dafür, dass die Dauer der Ehebestandszeit die Zahl der Scheinehen beeinflusst.

Pressemitteilung: http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/374/374258.koalition_verschaefft_das_auslaenderrecht.html

Tipps und Veranstaltungshinweise

www.gruene-fraktion-bremen.de

Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam

Anlässlich der aktuellen Debatte über die Zugehörigkeit des Islam zur deutschen Gesellschaft lädt Helga Trüpel (MdEP) zur Buchvorstellung mit anschließender Diskussion ein. Die Veranstaltung findet am 14. April 2011 um 20 Uhr im EuropaPunktBremen, Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20 statt. Gast ist der Autor und Leiter des FAZ-Feuilletons Patrick Bahners.

Veranstaltung: http://www.gruene-bremen.de/cms/default/dok/375/375775.die_panikmacher_die_deutsche_angst_vor_d.htm

Muslimische Gemeinschaften zwischen Recht und Politik

Rund um das Thema Anerkennung und Situation Muslimischer Gemeinschaften in Deutschland hat die Heinrich-Böll-Stiftung ein Dossier mit verschiedenen Artikeln und Hintergrundinformationen zusammengestellt.

Dossier: http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Dossier_Muslimische_Gemeinschaften.pdf

Menschenkette um das AKW-Unterweser

Am Ostermontag, den 25. April 2011 (ein Tag vor dem 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl), soll eine Menschenkette um das AKW-Unterweser gebildet werden. Um 11.30 Uhr geht es vom Bremer Hauptbahnhof mit dem Zug nach Rhodenkirchen.

Veranstaltungshinweis: http://www.bund-bremen.net/aktuell/umzingelung_akw_unterweser_2542011/

Ansprechpartnerin für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin
zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-155)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>